

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den 1. Abt. 2 Mark. Falls
wir in der Herausgabe oder in der
Lieferung oder in der Bezahlung
des Abbestellungsgegenstandes
verhindert sind, hat der Besteller
keinen Anspruch auf
Rückzahlung des Bezugspreises.
Kamen, 1. Juli 1924.

Nr. 154 (1. Blatt)

Donnerstag, den 3. Juli 1924

52. Jahrgang.

Prenschischer Landtag.

(Sitzung vom 2. Juli.)

Der Prenscher Landtag beschäftigte sich zunächst mit der ersten Beratung des Gesetzesentwurfes über die Vereinfachung der Verwaltung, der sogenannten kleinen Verwaltungsreform. Verbunden mit der Beratung des Gesetzesentwurfes wurde ein demokratischer Antrag auf völlige Aufhebung der Oberpräsidentenstellen unter ständiger Durchführung der Verhältnisse der Provinzen.

In der Diskussion sprachen sich der kommunistische und der deutschnationale Klub mit einiger Einschränkung gegen die Vorlage aus, während die Vertreter der Mittelparteien und der Sozialdemokraten die Vorlage im Prinzip billigten, an ihr jedoch manches auszusetzen hatten.

Im Verlaufe der Diskussion nahm auch Minister des Innern Severing das Wort. Er wies auf die große Bedeutung hin, die gerade heute im besetzten Gebiet die Oberpräsidenten haben. Ihre Beteiligung sei in diesem Augenblick nicht möglich, auch in Hannover nicht, wo sonst die Folge eine Stärkung der weltlichen Bewegung sein würde. Wenn, so schloß der Minister, die Reform bringe, so sehr wichtig, aber heute sehr viel verlagere, der werde gar nichts erreichen. Immerhin bringe die Reform dem Lande Preußen eine Ersparnis von 300 bis 400 Beamten. — Der Entwurf wurde den Ausschüssen überwiesen. Bei der Beratung des Staats der Handels- und Gewerbeverwaltung wies der Parteipartei Engländer darauf hin, daß es ein untragbarer Zustand sei, daß jetzt von der Reichsbahn politische Röhre nach Hamm geschafft würde, während die Ruhrzonen unter Mangel an Absatz litten. — Darauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Das Programm der neuen bayrischen Regierung.

(W) Bei überfüllten Tribünen und gut beleuchtetem Hause gab in der Plenarsitzung des bayrischen Landtages der neue Ministerpräsident Held die Ministerliste bekannt. Die getrennte Abstimmung über dieselbe wird gegen die Stimmen der Kommunisten und des bayerischen Blocks abgelehnt. Der Präsident stellt fest, daß die Ministerliste die Zustimmung des Hauses gefunden habe.

Sodann entwickelte der neugewählte Ministerpräsident Held sein Regierungsprogramm, indem er zunächst auf die Sorge um die bedrohte deutsche Wirtschaft einzugehen, führte er u. a. aus, die Rheinfrage sei nicht nur deutsche Schicksalsfrage, sie sei wieder einmal zur europäischen Frage geworden. Von ihrer Lösung hänge es ab, ob Europa den von den Völkern ersehnten Frieden bekomme. Damit Deutschland wieder zum Leben erweckt werde, es der Freiheit auf deutschen Boden. Das sei notwendig um der deutschen Wirtschaft willen, aber auch sehr auch um der deutschen Ehre willen, woran das deutsche Volk auch in den glücklichsten Zeiten der Bedrückung denken müsse. Held dankte sodann den Pfälzer Brüdern dafür, was sie im Kampfe für die Erhaltung des Deutschlands bisher geleistet hätten, und erklärte, die Pfälzer in ihrem Abwehrkampf „nützlich und äußerlich stark zu erhalten, gehöre mit zu den wichtigsten Aufgaben einer guten deutschen und guten bayerischen Staatspolitik.

Dann wies der Ministerpräsident auf die Verhängung, auf das Sachverständigen Gutachten, auf die Wirtschaftslage und auf die innere Uneinigkeit hin, welche die wertvollsten Kräfte fruchtlos für Volk und Vaterland verschlingen. Die größte Gefahr für Staat und Wirtschaft seien die staatsfeindlichen Bestrebungen, die von der Moskauer Internationalen Antriebe und Kraft erhalten. Das oberste Ziel der Regierung müsse sein, jede Revolutionsgefahr im Keime zu ersticken. Den Gefahren, die dem Staate von Nichtgutgefinnten erwachsen, müsse rechtzeitig und mit Entschiedenheit begegnet werden. Die verfassungsmäßige Regierung allein könne die Trägerin der Staatsgewalt sein. Jede Nebenregierung führe auf die Dauer zum Ruin des Staates. Es wäre staatsverräterisch, wenn pflichtvergessene Beamte dem Staate die Treue versäßen. Daher seien Disziplinsbeamte in einem Reichs- und Ordnungsstaat in jeder Form unumgänglich. Weiter sprach Ministerpräsident Held sich für ein einheitlich geschlossenes Reich aus. Hinsichtlich der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten stehe er auf dem Boden der bayerischen Denkschrift. Insbesondere betonte Held, daß in irgend einer Form wieder eine größere Vernetzung der bayerischen Eisenbahn und Post erreicht werden müsse, daß auch

vor allem die bayerische Finanzhoheit, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches verträglich, wieder zurückgewonnen werden müsse. Der Ministerpräsident gedachte dann der Aufgaben, die sich aus der feierlichen Not des Volkes ergeben und erklärte, an der Gleichberechtigung der christlichen Konfession im Staate dürfe nicht gerüttelt werden und jeder Störung des konfessionellen Friedens werde die Regierung unerschütterlich entgegenstehen. Auch die Presse bitte er dringend, sich jeder Art der Hetze rücksichtslos zu verschließen. Zum Schluß verlangte Ministerpräsident Held, daß dem, was der mostowitsche Kommunismus wolle, ein menschenwürdiger gottgewollter Kommunismus der Arbeit und Pflicht gegenübergestellt werde.

Der bayerische Landtag zum Dawesgutachten und zur Eisenbahnfrage.

(W) In einer siebenstündigen Aussprache beschäftigte sich der bayerische Landtag in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Held mit den bereits im Verfassungsausschuß behandelten Anträgen betreffend das Dawesgutachten und dem Koalitionsantrag, der sich mit der Eisenbahnfrage befaßt. Die bayerischen und die kommunistischen Fraktionen sprachen sich gegen das Dawesgutachten aus, während Redner der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten den Bericht als eine Grundlage für Verhandlungen anerkannten und dem insbesondere mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebietes beizutreten werden müsse. Der Handelsminister Meinel legte den Standpunkt der bayerischen Regierung dar und empfahl dem Hause einklinglich die Annahme der Ausschussbeschlüsse. Zur Kriegsschuldfrage betonte der Minister noch, die bayerische Regierung setze sich wiederholt für eine offizielle allgemeine Erörterung dieser Frage ein, aber es bestehe keine Hoffnung, daß sich die Weltpolitik z. B. von dem deutschen Standpunkt in der Kriegsschuldfrage überzeugen lasse. Zur Ruhe werde diese Frage aber nicht kommen. In der Abstimmung wurde den Beschlüssen des Ausschusses zugestimmt und Änderungsanträge des bayerischen Blocks mit allen gegen die Stimmen der bayerischen und kommunistischen Abgelehnt.

Herriot und Nollet über die Verhandlungen in Chequers und die Militärkontrolle.

(W) Herriot und Kriegsminister Nollet erstellten vor dem Senatsausschuß für Finanzen und auswärtiges Amt einen Bericht über die Verhandlungen in Chequers und Brüssel bezw. über die Militärkontrolle. Nach dem offiziellen Communiqué, das nach Schluß der Sitzung veröffentlicht wurde, ist auch über das Programm der interalliierten Konferenz in London gesprochen worden. Senator Veranger, im Namen des Ausschusses für Finanzen, verlas die dem Ministerpräsidenten vorher übergebenen Fragen. Herriot gab darauf eine umfassende Darstellung seiner Besprechungen mit Macdonald in London, seiner Reise nach Brüssel und die Auffassung der französischen Regierung auf Grund dieser Unterredungen. Senator Hubert befragte hierauf den Kriegsminister über die deutsche Antwort auf die Note in der Militärkontrollfrage. General Nollet gab hierüber eine ausführliche Erklärung ab. Senator Milles-Vasbroix sprach dem Ministerpräsidenten seinen Dank für dessen Mitteilungen aus.

Ueber die Erklärungen, die Herriot vor den vereinigten Senatsausschüssen abgegeben hat, verbreitet das folgende ergänzende Mitteilungs zu dem bereits veröffentlichten amtlichen Communiqué: In Chequers erklärte Herriot, war es notwendig Garantien zu suchen, erstens für die Dauer der Ausführung des Dawesberichts, zweitens für die Sicherheit. Für die Ausführung des Sachverständigenplanes ist die Rolle der Reparationskommission ins Auge gefaßt worden, und für seine Durchführung wurde der Wunsch laut, Amerika möge seinen Beistand leisten. Was die Kontrolle der Entwaffnung anbelangt, sei ein Einverständnis vollkommen gewesen. England wünsche wie Frankreich eine allgemeine Kontrolle. Die in Chequers entworfenen Note an Deutschland sei ein Beweis hierfür. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, sei zu bemerken, daß diese Frage von der öffentlichen Meinung und vom Parlament abhängt. Hinsichtlich der militärischen Bewegung des Ruhrgebietes habe Herriot betont, daß er für Frankreich die volle Handlungsfreiheit vorbehalten habe. In Brüssel hätten sich

die Besprechungen sehr leicht abgewickelt. Was die Zulassung zum Völkerbunde betreffe, so werde es sich für die Alliierten darum handeln, den Zeitpunkt festzusetzen, zu dem Deutschland zum Beitritt eingeladen werden solle. Einige Mitglieder der Finanzkommission stellten die Frage, ob man nicht eine höhere Summe als 5 Milliarden an der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Industriebelastungen von Deutschland erzielen könnte, wenn man die hypothetische Belastung auch auf die deutsche Landwirtschaft ausdehne, worauf Herriot antwortete, die Sachverständigen hätten geglaubt, zweckmäßigerweise nicht weiter gehen zu können. Im übrigen stellten die industriellen Hilfsquellen die Hauptertragsquelle Deutschlands dar. Schließlich habe der Kriegsminister Nollet erklärt, daß Frankreich auf seinen Fall den 30. September als Abschluß der Kontrolle der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin annehmen würde.

Die französische Regierung gegen Fälschungsversuche.

(W) Ein offizielles Dementi räumt mit den Verdächtigungen auf, wonach eine gewisse Presse arbeite, um die Absicht der deutschen Regierung zu verzerren. Das Dementi enthält folgende Erklärung: Entgegen gewissen Behauptungen wird festgestellt, daß das Ministerium des Auswärtigen nur eine einzige deutsche Note hinsichtlich der Militärkontrolle erhielt, es lerne den Inhalt der deutschen Note erst kennen, als sie ihm am 30. Juni durch den Botschafter zugeht wurde.

Der Reichsausschuß an die Ausgewiesenen.

Der Reichsausschuß für die besetzten Gebiete hat gestern eine Entschließung angenommen, in der die Ausgewiesenen herzlich begrüßt werden. Sie werden darin beglückwünscht, daß ihnen endlich die Rückkehr ermöglicht wird. Der Reichsausschuß gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß bald alle Ausgewiesenen und Gefangenen in die Heimat und Freiheit zurückkehren und ihrer früheren Berufstätigkeit wieder zugehen werden. Ferner erneuert der Reichsausschuß die Forderung, daß die Besatzungsbehörden dieses Wert der Menschlichkeit und Verständigung zwischen den Völkern fördern mögen. Alle Ausgewiesenen werden aber gebeten, nicht aberkürzt zurückzukehren, ohne daß die vorbereitenden Hilfsmittel getroffen sind, da sonst die Not nur größer würde.

Im Reichsausschuß für die besetzten Gebiete wurde die Not der Gemeinden in besetzten Gebieten behandelt. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, gemeinsam mit den Landesregierungen mit möglicher Beschleunigung eine umfassende Hilfsaktion für die durch die Wirkungen des Ruhrkampfes und der Sonderverordnungen finanziell zusammengebrochenen Gemeinden und kommunalen Verbände des besetzten Gebietes einzuleiten. Hierbei soll geprüft werden, 1. ob die Notlage tatsächlich auf die vorgenannten Ursachen zurückzuführen ist, 2. ob die Gemeinden und die eigene Leistungsfähigkeit namentlich in finanzieller Hinsicht möglichst in Anspruch genommen haben, 3. ob die Zinsen, die für Anleihen der Gemeinden zu zahlen sind, als angemessen anerkannt werden können. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so soll rasch und ausreichend geholfen werden. Gegen die übermäßigen Zinsforderungen soll scharfstens eingeschritten werden. In allen Fällen, in denen dringende Hilfe notwendig ist und die Landesregierungen nicht imstande sind, sofort zu helfen, sei die Reichsregierung bereit, die Sachlage wohlwollend zu prüfen und die allernötigste Hilfe zu leisten.

Vom Reichsverband der Deutschen Industrie.

Wird dem B. L. B. folgendes mitgeteilt: Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie befaßte die Entscheidung des Präsidiums des Vorstandes vom 24. 4. und erklärt, daß durch die inzwischen eingetretene Entwidlung der wirtschaftlichen Lage die Bedenken über die Erfüllung der Reparationsanprüche erheblich verstärkt sind. Er weist in Uebereinstimmung mit der Grundbedingung des Dawesgutachtens erneut darauf hin, daß die Wiederherstellung der vollen administrativen wirtschaftlichen Souveränität des deutschen Reiches im besetzten Gebiet Deutschlands für den Fall der Annahme des Gutachtens gesichert sein muß.

Festlegung des 8-Stundentages als Voraussetzung für das Gutachten.

Habs melbet, der englische und französische Arbeitsminister hätten sich bei ihrer Beratung dahin ausgesprochen, daß der Sachverständigenbericht auf dem Gedanken der Vervollständigung des 8-Stundentages und einer gleichmäßigen aller Industrienationen aufgebaut sei. Der Plan der Reparationszahlungen sei in keiner Weise abhängig von einer Verlängerung der Arbeitszeit. Hierzu wird dem Botschafter von unterrichteter Seite mitgeteilt: Das bezeichnende an dieser Meldung ist der Versuch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als Voraussetzung für das Sachverständigen Gutachten und seine Durchführung zu konstruieren. Ein Versuch, den Herrn Thomas Wilson auf der gegenwärtig tagenden Arbeitskonferenz in Genf unternehmen hat. Schon damals wies die deutsche Regierung darauf hin, daß im Sachverständigenbericht die Arbeitszeit des Washingtoner Abkommens überhaupt nicht erwähnt, daß z. B. der Abschluß des Gutachtens bereits die Voraussetzung über die Arbeitszeit von Dezember bestand und die längere Arbeitszeit der Saisonarbeitszeit schon seit Monaten in Anwendung war.

Im Stettiner Grassprozeß.

Wird weiter Hauptmann Kollatz vernommen. Er begab sich f. St. nach Berlin ins Ministerium, um seine schriftliche Vernehmung aus dem besetzten Gebiet zu beantragen und vom unbesetzten Gebiet Schritte zu unternehmen, die dazu führen sollten, Deutnant Reinhard und Genossen aus der Haft zu befreien. Die richtigen Täter sollten sich dann stellen. Zu einem erneuten Abschied kommt es, als Kollatz sich außerordentlich günstig über den Charakter der Angeklagten äußert. Der Vorsitzende weist aber darauf hin, daß sich in ihren Aussagen zahlreiche Widersprüche befinden, daß es demnach mit ihrer Wahrheitsliebe doch nicht soweit her sei. Hierauf wendet sich der Angeklagte Rams an Kollatz und bittet ihn, doch nicht mehr Gutes über sie zu sagen, sie seien ja doch nur Mäuler, worauf der Vorsitzende darauf hinweist, daß die Angeklagten doch schließlich als Mörder hier vor Gericht stünden, so daß man ihnen nicht etwa eine besondere Verlobung für ihre Tat aussprechen könnte. Der Angeklagte Schwirrat erklärt darauf, man möge über sie denken, wie man wolle, er nehme die Strafe auf sich, die ihm zudiktiert werde, aber sein Ehrgefühl lasse eine solche Behandlung, wie sie ihnen hier zuteil werde, nicht zu.

Dr. Meyer äußerte sich über die Frage, ob es möglich sei, daß der Belgier Grass vor dem schon an sich tödlichen Schuß durch den Kopfschuß infolge des ersten von Rams abgegebenen Schusses einen Herzschlag erlitten sein könne. Der Sachverständige will die Möglichkeit nicht bestreiten, hält es aber für unwahrscheinlich. Ob bei der Obduktion der Leiche das Herz nach dieser Richtung hin untersucht wurde, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Neben einer Reihe anderer Zeugen wird auch Deutnant Rams vernommen, der seinerzeit bei der Schutzpolizei in Oberhausen stand. Auch an ihn hatten sich die Angeklagten nach der Tat gewandt, um sich Rat zu holen. Deutnant Rams hatte die Leute auf die Stube eines Oberwachmeisters geführt und ist darauf im Auto nach Hamburg gefahren, um Entschuldigungen einzulegen. Dann hat er ihnen denselben Rat gegeben wie Deutnant Sander, sie sollten ihren Dienst weiter versehen, da sie sonst sofort Verdacht erregen würden. Die sonstigen Zeugen ausagen wiederholen in der Hauptsache die von anderen gemachten Bekundungen.

Am Mittwoch wurden die Zeugenvernehmungen beendet und die Beweisaufnahme geschlossen. Unter den letztvernommenen Zeugen befindet sich Dan der Gerichtsrat Dr. Suelow, der die Vernehmung in Wesel führte, daß er nach der Durchsicht der Akten zu der Ueberzeugung kam, daß die Angeklagten nicht die Täter sein könnten, da die sogenannten Beweise doch recht hinken. — Heute früh beginnen die Advokaten der beiden Staatsanwälte. Am Freitag soll die Verteidigung zu Wort kommen.

Die schwierige Wirtschaftslage in Pommern-Oberschlesien.

(W) Infolge der schwierigen Wirtschaftslage in Pommern-Oberschlesien kündigte die Eisenbahngesellschaft sämtliche Angestellten und Beamten.

Der Arbeitgeberverband von Pommern-Oberschlesien sandte an seine sämtlichen Werke ein Rundschreiben, in dem es heißt, daß infolge der schwierigen Lage der Werke Ende des Monats höchstens 50 Prozent des Personalbestandes ausbezahlt werden könnten. Der Restbetrag soll bezahlt werden, wenn die Werke dazu in der Lage sind.

der Person des Geschäftsführers seine Verhandlungen. Zur Festfrage war einig darin, infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Jahre von einem feststehenden Abstand zu nehmen. Dafür soll am 27. Juli ein Erinnerungsfest in Absicht genommen werden.

S A N D E R

Soweit Vorrat reicht:

Damentaghemde Mk. **1.00 1.30 1.45**
 Herrenoberhemd ohne Kragen, la. Perkal Mk. **4.75**
 Herrennesselhemd Mk. **2.50**
 Herrenbiberhemd gestreift Mk. **2.90**
 Damenschürze Wiener Form, bunt von Mk. **1.50** an
 Grubengebild blau, ca. 72 cm Mk. **0.68**

Gerstenkornhandtuch m. roter Kante, 48 cm, von Mk. **0.49** an
 Baumwollmusseline von Mk. **0.60** an
 Frotté 100 cm, moderne Streifen von Mk. **1.00** an
 Foulardine 100 cm breit, elegante Muster Mk. **2.25**
 Russenkittel von Mk. **1.75** an
 Spielanzüge von Mk. **2.50** an

Sander & Co. Nachf., Kamen, Bahnhofstrasse 7.

Gebrauche

Ata



**- und im Haus
sieht's stets bei dir wie Sonn-
tag aus!
(ATA HENKEL'S PUTZ- UND SCHEUERMITTEL)**

Bilder-Rahmen

in allen Größen

und
Ausführungen

empfiehlt

Die Buchhandlung der
Kamener Zeitung,

Weststrasse 10.

Grasverkauf
Dverberge.

Sonnabend, den 5. ds.
Mts., nachmittags 6 Uhr,
verkauft Herr Landwirt Hr.
Böhnenloch in Dverberge
den guten

Graswuchs

auf ca. 4 Morgen in seiner,
an der Hamm-Ostfelder Eisen-
bahn dajelbst, in der Heide be-
legenen Wiese, halbmorgen-
weise abgeteilt, durch Unter-
zeichneter öffentlich meistbietend
gegen Kredit.

1947
Reinhard, Gerdt, Kutt.,
Kamen.

la. Motorrad

modern, N. S. N., 4 P. S.,
bester Käufer, zugelassen, Kom-
plett, Sozius, Zacho, Beleuch-
tung, Markt 960.— zu verk.
Auskunft in der Geschäfts-
stelle der Kamener Zeitung.

Garten

Schöner eingetragener
zu verkaufen. 1849
Näheres in der Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.

Mädchen

Ein tüchtiges
für alle Hausarbeit gesucht.

Frau Frz. Wittner
1828 Bergkamen.

Mädchen

welches Küche u. Haushalt gründ-
lich versteht, mit guten Zeugn. bei
gutem Lohn gesucht. Zweitm. vorh.
Frau Dr. Föberg, Wiedes (Ruhz.)

Auslanddeutsche u. Ausländer,

die für Haus, Geschäft, Wirtschaft oder Fabrik
deutsche Arbeitskräfte irgend welcher Art
benötigen, wenden sich sofort an das

**Deutsche Auslands-
Institut**

(Auskunfts- u. Vermittlungsstelle)

Stuttgart, Neues Schloss

wo stets eine große Zahl bestens empfohlener
fach- u. sprachkundiger Bewerber vorgemerkt ist.

Jetzt ist es Zeit!

Jeder Mensch soll sofort eine Blutreinigungskur mit Kraft- und Gesundheitssatz „Paksana“ vornehmen. Schlechtes Aussehen, unreiner Teint, Schwäche, Nervosität, auch Gicht und Rheumatismus, vor allem die Aderverkalkung verschwinden. „Paksana“ regt den Appetit an, fördert die Verdauung und gibt frische Kräfte und blühendes Aussehen. Ein Versuch überzeugt. Vergessen Sie nicht gegen Spul-, Maden-, Bandwürmer „Paksana“-Wurmkur zu verlangen. Überall erhältlich. Drogerie Klinkmann. 1493



Wir wissen Bescheid

und schützen deshalb unser
Eingemachtes vor dem
Verderben durch Schimmel
und Gärung nur durch
Verwendung d. bewährten

**Dr. Oetker's
Eingemachte-Hülse**

Wägen genügt, um 10 Pf.
Früchte, Gelee, Gurken usw.
haltbar zu machen. Rezept
umsonst in d. Geschäften oder in
Dr. A. Oetker's Briefe.



Weitere Nachrichten.

— 29 Tote in Gloggnitz geborgen. Die Bergungsarbeiten im Bergwerk von Hart bei Gloggnitz haben jetzt 29 Bergleute als Getten zutage gefördert. Aus den Erzählungen der Rettungsmannschaft ergibt sich, daß infolge mangelhafter Vorkehrungen das Rettungswerk mißlang, da die entsprechende Anzahl von Gasmasken nicht vorhanden war und die vorhandenen zum größeren Teil nicht gebrauchsfähig waren. Gerettet wurden im ganzen 40 Mann der eingefahrenen Belegschaft von denen der größte Teil sich in häuslicher Pflege befindet. Bis jetzt wurde durch die eingeleitete strenge Untersuchung festgestellt, daß fremdes Verschulden bei dem Unglück kaum vorliegen dürfte.

— Die Berliner Turnsportwoche fand Sonntag in zahlreichen sportlichen Veranstaltungen ihren Abschluß u. a. veranstaltete der Verband brandenburgischer Athletenvereine im Stadion im Grunewald ein großes nationales Sportfest, dem etwa 40 000 Zuschauer beiwohnten. Einen neuen deutschen Rekord gab es in der dreimal 1000 Meter-Staffel für Verbandsmannschaften. Den Sieg errang Westdeutschland nach hartem Kampfe gegen Brandenburg und Süddeutschland, in der Zeit von 7 Min. 53,6 Sekunden.

— Schwere Gewitter sind in den letzten Tagen an der Elbe niedergegangen, die in vielen Städten Überschwemmungen hervorriefen und auf den Feldern schweren Schaden anrichteten. Durch Blitzschlag wurden mehrere Scheunen eingeäschert, zahl-

reiches Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und große Futtervorräte wurden vernichtet. In Schwelmünde wurde der Kurpark derartig überschwemmt, daß die Badegäste von Bädern über die Straße getragen werden mußten. In Deringsdorf schlug der Blitz ins Postamt und zündete. Das Feuer konnte aber schnell gelöscht werden.

— Raubmord bei Strausberg. Als am 14. Juni der Revierförster durch die Forst Prödel, die bei Strausberg liegt, ging, fand er auf einem abseits gelegenen Wege einen älteren Mann bewußtlos in einer großen Blutlache liegend. Bald nach seiner Entdeckung in das Strausberger Krankenhaus starb der Verletzte. Er wurde als der 61jährige Jahnke aus Bichtenberg festgestellt, der sich mit dem Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten und dem Pferdehandel betätigte. Zu diesem Zwecke führte er dann immer erhebliche Geldsummen bei sich. An dem Tatort an dem Jahnke von dem Unbekannten niedergeschossen wurde, wurde keine Waffe gefunden. Dagegen waren die Taschen des Niedergeschossenen ausgeleert. Es liegt also unzweifelhaft ein Raubmord vor.

— Zum Tode verurteilt. Der aus Oberschlesien ausgewanderte Handarbeiter Ernst Hunger und seine Ehefrau, die sich im Elend niederlassen wollten, gerieten auf der Wanderschaft durch Deutschland in die größte Not. Da ihr sieben Jahre altes Kind unter den Entbehrungen am meisten zu leiden hatte, legten sie es im Dezember v. J. auf ein Feld, wo es erstickt aufgefunden wurde. Das Schwurgericht in Braunschweig verurteilte die beiden

Eltern zum Tode, beschloß jedoch ein Begnadigungsgesuch für die beiden Verurteilten einzureichen.

— Doppelmord bei Bittan. In den bei Bittan gelegenen böhmisches Grenzort Petersdorf wurden Montag nachmittags die 82 Jahre alte Mutter und 50jährige Schwester des Viehhändlers Schäfers ermordet. Der Täter ist entkommen. Aufheinernd liegt Raubmord vor.

— Ein Einbrecher auf der Flucht erschossen. Bei einem Einbruch in eine Villa in Wildbad wurde ein Einbrecher überrascht. Er sprang zum Fenster hinaus und stürzte. Auf der Flucht wurde er durch nachgesandte Schüsse tödlich getroffen und verstarb nach wenigen Augenblicken. Raptiere wurden bei ihm nicht vorgefunden. Wie der Erkennungsdienst feststellte, ist der Erschossene der 27 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Mag. Schmidt. Schmidt war einer der bekanntesten Missetäter. Durch Fingerabdrücke konnten ihm viele Einbrüche, er „arbeitete“ besonders in der Provinz, nachgewiesen werden. Auch als verwegener Taschendiebstahler war er bekannt. In Offenbach war er mit einem Komplizen bei einem Einbruch verhaftet worden und hatte dort als angeklagter Philipp Meyer seine Strafe abgebußt.

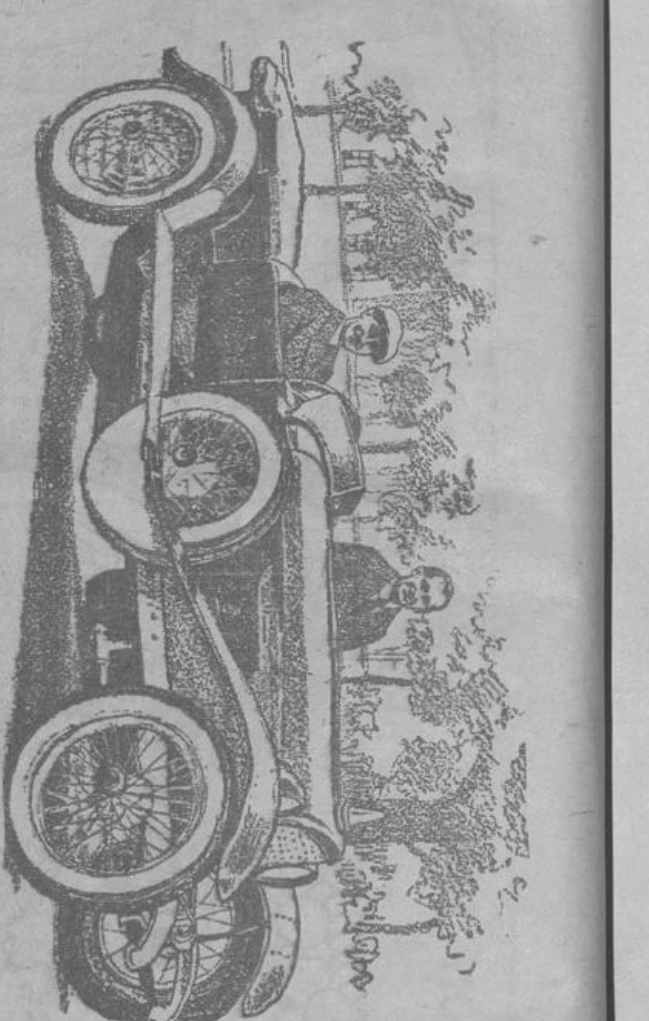
— Vermischtes. Mittwoch mittag wurde in Siemensstadt eine 50jährige unverheiratete weibliche Person mit einer Stiche- und in der Brust tot aufgefunden. Als Täter wurde ein Schloffer ergriffen, der mit der Ermordeten zusammenlebte. — Durch eine Explosion an Bord des britischen Transportdampfers „Germontack“ im Hafen

von Brooklyn, bei der 300 000 Gallonen gasförmiges Naphta in die Luft flogen, wurden 5 Mann der Besatzung getötet und 8 weitere schwer verletzt. Aus Furcht vor weiteren Explosionen ging der Dampfer in East River vor Anker, wo er bald darauf sank. — Die Fabrik, die Edmundsen's Nordpol-Flugzeug baut, weigert sich, dieses abzugeben, bevor die restliche Kaufsumme von 15 000 Pfund Sterling bezahlt ist. Bezahlt Edmundsen im Laufe von 10 Tagen diese Summe nicht, so will Italien eine eigene Flugzeugexpedition unter Führung des Fliegers Piccini entsenden. Edmundsen hofft, die Ordnung der Bezahlungsfrage noch zu erreichen. Auf alle Fälle wird er nicht als zweiter Kommandierender an einer italienischen Expedition teilnehmen.

Dortmunder Zuchtviehmarkt.

Dortmund, 3. Juli. Aufgetrieben waren gestern: 614 Stüd Großvieh, 17 Kühe, 386 Schweine, wenig Schafe und 6 Flegel. Der Handel in Großvieh war langsam. Es wurden bezahlt in B.-M.: Rinder 1. Sorte 230—230, 2. S. 180—230, 3. S. 130—180, 4. S. 100—130, 5. S. 70—100; Kühe: 1. S. 875—425, 2. S. 300—375, 3. S. 225—300, 4. S. 150—225, 5. S. 80—150. (Beste Tiere wurden bis zu 100 M. höher bezahlt.) Schweine: Der Handel war sehr langsam. 6—8 Wochen alte Ferkel kosteten 12—18, 8—10 Wochen alte 13—24, 10—12 Wochen alte 24—33. — Rühler Markt: Mittwoch, den 2. Juli.

Das Haus...
Der von...
Dann...
Sankt...
Die allg...
Ende gef...
träge we...
sprechung...
eines St...
Kunst. —
W...
zurget aus...
hoch f...
delstet er...
Es folgt...
etats. Der...
vier und da...
„Saarlandes...
sen (D...
Sachverständ...
für w...
des Min...
Blag. D...
Gention zu...
Freitag:



Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...

Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...

Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...

Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...

Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...
Die bekannte...
10/40...

Friedrich Gottlieb Klopsch.

Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...
Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...

Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...
Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...

Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...
Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...

Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...
Am 20. Male...
Friedrich Gottlieb Klopsch...



Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...

Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...

Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...

Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...
Die Konferenz...

Die Pilsnasser...

Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...

Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...

Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...

Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...
Die Pilsnasser...